



MITTWOCH, 4. FEBRUAR 2015

Solidarität mit Flüchtlingen wächst

Flüchtlingsrat: Bereitschaft, zu helfen ist gestiegen - Landesweites Netzwerk geplant

Immer mehr Saarländer helfen Flüchtlingen, sich in ihrer neuen Umgebung zurechtzufinden, so der Saarländische Flüchtlingsrat. Die Flüchtlingshilfe Nalbach will die Ehrenamtlichen nun miteinander vernetzen.

Von SZ-Redakteurin
Nora Ernst

Saarlouis. Während bundesweit Pegida-Anhänger aus Angst vor einer vermeintlichen Islamisierung auf die Straße gehen, ist im Saarland die Bereitschaft, Flüchtlingen zu helfen, offenbar groß. „Überall in saarländischen Gemeinden wächst die Solidarität mit Flüchtlingen“, sagt Roland Röder vom Saarländischen Flüchtlingsrat (SFR). Bernhard Mommenthal vom Freundeskreis Flüchtlingshilfe Nalbach meint zwar, „es ist keine Massenbewegung“, doch auch er bestätigt, dass es viele Menschen gebe, die sich ehrenamtlich engagieren wollten. Mommenthal kümmert sich in Nalbach gemeinsam mit 15 weiteren Helfern um 30 „Neubürger“, wie er sie nennt. Er betont, wie wichtig die ehrenamtliche Arbeit sei: „Wenn die Flüchtlinge in die Kommunen kommen, fallen sie erst einmal in ein Loch.“ Denn die Betreuung durch die Behörden ende zum Feierabend und zum Wochenende. „Dann kommen die Ehrenamtlichen ins Spiel“, sagt Mommenthal. Sie bieten Deutschkurse an, helfen bei Behörden-gängen, lassen sich selbst von den Flüchtlingen Arabisch beibringen oder organisieren Fahrdienste.

Vor allem letztere sind offenbar besonders wichtig. „Das größte Problem sind die Transportmittel“, sagt Pastoralreferent Karl-Josef Schmitt, der sich gemeinsam mit Ehrenamtlichen in Wadern um Flüchtlinge kümmert. Meist seien die Flüchtlinge auf dem Land untergebracht, weil es dort mehr Wohnraum gebe. Ohne Auto kommen sie jedoch kaum in die Stadt, etwa um Besorgungen zu machen, denn: „Öffentliche Verkehrsmittel sind teuer“, sagt Schmitt.

Mommenthal will nun alle ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer im Saarland in einem Netzwerk zusammenbringen. So könne man Informationen



Bereits im Januar hat die Junge Union Saar Hilfsgüter aus dem Saarland an jesidische Flüchtlinge im Irak geliefert. Diese Mädchen freuten sich über die mitgebrachten Lebensmittel. FOTO: ADOULA DADO

austauschen, etwa: Wie kann man Fördergelder bei Bund und Land beantragen? Wer kennt einen Unternehmer, der bereit ist, einem syrischen Ingenieur ein Praktikum anzubieten?

Neben der wachsenden Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung hat der SFR auch ein verändertes politisches Klima ausgemacht. „Innenminister Klaus Bouillon hat die Zeichen der Zeit erkannt“, erklärt Röder. Bouillon hatte im November gesagt, sein Fernziel sei es, die Aufnahme-stelle in Lebach „dichtzumachen“. Eine Forderung, die der SFR bereits seit Jahren stellt. Eine komplette Schließung der Aufnahme-stelle will auch der SFR nicht, allerdings dürfe sie nur als Anlaufstelle dienen. Flüchtlinge dürften dort maximal drei Monate zur Erst-Orientierung untergebracht werden, sagt Röder.

Der SFR warnt zudem davor, die Unterbringung der Flüchtlinge wegen der finanziellen Notlage der Kommunen als Problem darzustellen. „Die Verknüpfung ist falsch, denn die Unterfinanzierung existiert davon unabhängig“, erklärt Pe-

ter Nobert vom SFR. Wer so argumentiere, schüre Ressentiments in der Bevölkerung. Wer sparen wolle, könne damit in der Aufnahme-stelle Lebach anfangen, sagt Nobert. Dort sei sehr viel Geld in Organisation und Verwaltung gebunden.

• *Flüchtlingsinitiativen, die Teil des neuen Netzwerks werden wollen, können sich an die Flüchtlingshilfe in Nalbach wenden. Kontakt gibt es über E-Mail: team@fluechtlingshilfe-nalbach.de, Tel. (0 68 38) 9 27 54*

CDU verteidigt schnellere Asylverfahren für Christen

Saarlouis/Saarbrücken. Die Saar-CDU hat die Entscheidung des Innenministeriums verteidigt, die Asylverfahren von Christen aus dem Irak und Syrien in der Landesaufnahme-stelle in Lebach mit Priorität zu bearbeiten. Dies stelle keine Bevorzugung dar, sondern solle verhindern, dass Konflikte in Lebach entstünden und helfe, traumatisierte Christen in der Aufnahme-stelle zu schützen, sagte CDU-Generalsekretär Roland Theis.

Der Saarländische Flüchtlingsrat (SFR) sprach sich gegen die Maßnahme des Innenministeriums aus. „Die Religionszugehörigkeit sollte weder

zu einer Bevorzugung noch zu einer Benachteiligung führen“, sagte Roland Röder vom SFR. Röder bestätigte aber auch, dass es dort immer wieder zu Zwischenfällen komme. Man dürfe das nicht bagatellisieren. Der Grund sei, dass dort 1300 Menschen „auf engstem Raum“ zusammenleben müssten. „Da bleiben Konflikte nicht aus“, sagt Röder. Auch die Grünen-Fraktion kritisierte den Beschluss. Dies bedeute eine Diskriminierung von Flüchtlingen, die einer anderen Religion angehören, sagte der Fraktionsvize Klaus Kessler: „Das verstößt gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung.“ noe